



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart, Gerd Mannes, Markus Bayerbach, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Österreich als Vorbild folgen: Bundespräsidenten direkt vom Volk wählen lassen – jetzt die Weichen für die nächsten Wahlen stellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich mit entsprechenden Initiativen aktiv dafür einzusetzen, dass die Rechtsgrundlagen zur Wahl des Bundespräsidenten dahingehend abgeändert werden, dass jeder erwachsene Inhaber der deutschen Staatsbürgerschaft bei dieser Wahl sein aktives Wahlrecht ausüben kann.

Begründung:

Der zukünftige Bundespräsident wird offiziell durch Mitglieder aus der Bundesversammlung vorgeschlagen und gewählt. Die tatsächliche Auswahl des in das Bundespräsidentenamt zu wählenden Kandidaten findet jedoch hinter verschlossenen Türen und durch Absprachen der Parteien statt. So einigten sich die folgenden Mehrheiten auf den folgenden Bundespräsidenten

1. 1949-1959 Theodor Heuss (FDP) während der Regierung Adenauer (Koalitionspartner Union; FVP; GB/DHE; DP)
2. 1959-1969 Heinrich Lübke (CDU) während den Regierungen Adenauer, Erhard, Kiesinger (Koalitionspartner Union; FDP / Union; SPD)
3. 1969-1974 Gustav Heinemann (SPD) während der Regierung Brandt (Koalitionspartner SPD; FDP)
4. 1974-1979 Walter Scheel (FDP) während den Regierungen Brandt, Schmidt, (Koalitionspartner SPD; FDP)
5. 1979-1984 Karl Carstens (CDU) während den Regierungen Schmidt, Kohl (Koalitionspartner SPD; FDP / Union; FDP)
6. 1984-1994 Richard von Weizsäcker (CDU) während der Regierung Kohl (Koalitionspartner Union; FDP / Union; FDP; DSU)
7. 1994-1999 Roman Herzog (CDU) während der Regierung Kohl (Koalitionspartner Union; FDP)
8. 1999-2004 Johannes Rau (CDU) während der Regierung Schröder (Koalitionspartner SPD; Grüne)
9. 2004-2010 Horst Köhler (CDU) während der Regierungen Schröder, Merkel (Koalitionspartner SPD; Grüne, aber unterstützt durch Union, FDP, Freie Wähler)
10. 2010-2012 Christian Wulf (CDU) während der Regierung Merkel (Koalitionspartner Union; FDP)
11. 2012-2017 Joachim Gauck (parteilos) während der Regierung Merkel (Koalitionspartner Union; FDP, unterstützt auch durch SPD, Freie Wähler, SSW)

12. 2017- Frank-Walter Steinmeier (SPD) während der Regierung Merkel (Koalitionspartner Union; SPD, unterstützt auch durch Grüne, FDP)

Die Bundesversammlung setzt sich wiederum aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern zusammen, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden. Die Landtage sind hierbei nicht auf die eigenen Abgeordneten beschränkt, sondern können jeden Bürger wählen, der auch in den Bundestag wählbar ist (vgl. § 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung). Hierbei nutzen die in den Landtagen vertretenen Parteien diese Öffnungsklausel aber nicht etwa dazu, zusätzlich zu den gewählten Abgeordneten auch noch z. B. nach dem Zufallsprinzip ausgewählten „normalen“ Bürgern die Möglichkeit zu geben, einmal in ihrem Leben den Bundespräsidenten wählen zu können. Vielmehr nutzen manche Landtagsfraktionen diese Öffnungsklausel dazu, als „Promis“ bezeichnete Multiplikatoren in die Bundesversammlung zu entsenden, wie bei der 16ten Bundesversammlung beispielsweise: Joachim Löw; Olivia Jones; Veronica Ferres; Iris Berben; Peter Maffay; Katja Ebstein; Hape Kerkeling. Auch deswegen ist es das Ziel der AfD, die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und parteiunabhängiger zu machen. Um dies zu erreichen, bedarf es mindestens einer Änderung des Art. 54 Grundgesetz (GG) und wohl auch einer Änderung des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung. Das Ziel der AfD ist daher, den Bundespräsidenten direkt das Volk wählen zu lassen.

In der Theorie teilen diese Position zahlreiche Parteien. So schreibt z. B. die CSU in ihrem „Bayernplan 2017“: „Beschluss des CSU-Parteivorstands am 17. Juli 2017 in München. Beteiligungsgarantie: Wir stehen für die Koalition mit dem Bürger. Unser Politikstil ist, die Bürger an der Ausgestaltung unserer Politik stets eng zu beteiligen. Wir garantieren den Menschen, dass wir die Beteiligungsmöglichkeiten in Deutschland weiter ausbauen. Wir wollen in wichtigen politischen Fragen bundesweite Volksentscheide einführen. Bürgerbeteiligung ausbauen, bundesweite Volksentscheide ermöglichen. Unser Politikstil ist, die Bürger an der Ausgestaltung unserer Politik stets eng zu beteiligen. Bürgerbeteiligung bereichert und ergänzt die parlamentarische Demokratie. Die CSU möchte künftig auch im Bund das Volk bei grundlegenden Fragen für Land und Menschen direkt beteiligen. Insbesondere bei nicht zu revidierenden Weichenstellungen und bei europäischen Fragen von besonderer Tragweite soll die Bevölkerung in Abstimmungen entscheiden. Wir wollen, dass das Grundgesetz durch das deutsche Volk auch auf dem Weg von Volksbegehren und Volksentscheid mit Zweidrittel-Mehrheit geändert werden kann. Der Wesenskern der Verfassung, der Grundrechte und der föderalen Ordnung sind davon ausgenommen.“¹

Der Antrag der AfD wäre daher eine gute Gelegenheit derartige Beschlüsse des Parteivorstands in die Praxis umzusetzen. Wegen der bereits existierenden Öffnungsklausel für die Landtage greift auch das Argument der Gegner einer derartigen Direktwahl nicht durch, alle Personen von der Wahl des Bundespräsidenten auszugrenzen, die nicht bereits in ein Parlament gewählt worden sind. Im Endeffekt will die AfD die im Grundsatz ja bereits bestehende und im Art. 54 Abs. 3 GG ausdrücklich angelegten Gedanken, dass auch Nichtparlamentariern dieses Wahlrecht gegeben werden kann, lediglich auf alle deutschen Staatsbürger ausweiten und verstetigen. Dass die von Gegnern gegen eine solche Direktwahl dazu eingebrachten Argumente unbegründet sind, belegt auch unser Nachbarland Österreich seit vielen Jahrzehnten. Dort wird der Bundespräsident seit langer Zeit direkt und erfolgreich durch das Volk gewählt.

¹ https://www.csu.de/common/download/Beschluss_Bayernplan.pdf, (Seite 2; 3; 18)